Im Briefkasten am 2.2.85

Wissenschaftler an West-Berliner Hochschulen und Instituten appellieren an ihre Mitbürger:

WÄHLEN SIE KEINE PARTEIEN, DIE DAS WETTRÜSTEN UNTERSTÜTZEN!

Was hat denn das mit Berlin zu tun?

Die Rüstungsspirale hat sich der Menschheit wie eine Schlinge um den Hals gelegt, die sich weiter und weiter zuzieht.

Das darf nicht so weitergehen!

Deshalb treten wir, Wissenschaftler an Berliner Hochschulen und Instituten, mit diesem Aufruf an die Öffentlichkeit, um mit allem Ernst und aller Entschiedenheit gegen diese bedrohliche Entwicklung Stellung zu beziehen.

Auch die Wahlen in Berlin sind eine Abstimmung für oder gegen die gegenwärtige Rüstungspolitik.

Am 10. März wird in Berlin gewählt. Wahlen sind im demokratischen Staat eine Möglichkeit für den Bürger, in den Lauf der Dinge einzugreifen. Eine Chance, dem globalen Selbstmordprogramm Einhalt zu gebieten, läge darin, daß immer mehr Bürgerinnen und Bürger ihre Wahlstimme denjenigen Parteien verweigern, die der gefährlichen Entwicklung weiterhin tatenlos zusehen oder sie sogar vorantreiben und durchsetzen. Am Verhalten der Parteien zum Hauptproblem unserer Zeit, zu Rüstung und Frieden, erweist sich, wie es mit der Vernünftigkeit ihrer Politik überhaupt steht.

Man kann einwenden: 'Was haben die Wahlen in Berlin mit dem Rüstungsproblem zu tun? Hier geht es um hautnahe Probleme — um Fragen wie Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum, soziale Fragen, Verkehrs- und Umweltprobleme usw.' Sicher geht es um diese Probleme. Aber sie sind von der Rüstungsproblematik nicht zu trennen. Sie verlieren jede Bedeutung, wenn uns der jetzige Rüstungswettlauf in die Katastrophe führt. Tausende von Wissenschaftlern warnen vor dieser Gefahr. Doch auch wenn sich der Atomkrieg derzeit noch verhindern läßt: das Wettrüsten selbst ist eine schleichende Katastrophe und schafft uns gerade viele dieser Probleme, verschärft sie oder verhindert ihre Lösung.

Politiker und Parteien, die diesen Zusammenhang nicht sehen, ihn nicht öffentlich diskutieren und sich nicht um einen Ausweg aus der Sackgasse des Wettrüstens bemühen, handeln gegenüber uns und den nachfolgenden Generationen verantwortungslos. Sie mögen sich noch so werbewirksam darstellen — sie vertreten nicht unsere vitalen Interessen. Sie sind für uns nicht wählbar.

Je mehr Atomwaffen angehäuft werden, desto größer wird die Gefahr, daß es zu einer Katastrophe kommt.

Viele glauben, daß wir in einer von Waffen starrenden Welt uns nur dann sicher fühlen können, wenn auch wir möglichst viele Waffen haben, ja uns eindeutig überlegen fühlen. Auf diese Gefühle kann sich in den beiden konkurrierenden Blocksystemen jede Aufrüstung stützen. Immer wieder wird auf diese Weise begründet, es müssten noch mehr Vernichtungspotentiale entwickelt werden.

Einige Zahlen zeigen, in welch gigantischem Ausmaß sie inzwischen angehäuft sind.[1] Zum Beispiel gab es an Atomsprengköpfen

1952: 408 - 1 008
(USA: 400 - 1 000; UdSSR: 6; England: 2);
1982: 43 950 - 59 562
(USA: 26 000 - 30 420; UdSSR: 15 670 - 25 000).

Hinter diesen Zahlen stehen ungeheuerliche Zerstörungskräfte.

Allein schon die USA haben von 1945 bis 1982 umgerechnet alle 30 Minuten die Sprengkraft einer Hiroshima-Bombe produziert — man muß sich das einmal vorstellen: 38 Jahre lang, Tag und Nacht, jede halbe Stunde, kam immer wieder die Vernichtungskraft der Bombe dazu, die in Minutenschnelle 70 000 Menschen tötete — und noch heute, 39 Jahre seitdem, siechen und sterben qualvoll die Überlebenden und Nachkommen von damals Geschädigten. Doch das ist noch nicht einmal die Hälfte der Gesamtmenge an atomarer Vernichtungskapazität, die seitdem produziert wurde!

Die beiden Führungsmächte haben davon jedenfalls mehr, als sie zur Zerstörung der ganzen Erde jemals einsetzen können. Es wird geschätzt, daß auf jeden Bewohner des Ost- und Westblocks 60 Tonnen Sprengstoff kommen, zwischen 60 und 240 Zentner auf jeden Erdbewohner. Für jeden Menschen wird weit mehr Energie dafür aufgewendet, daß man ihn umbringen kann, als daß er ernährt und gegen Krankheiten am Leben erhalten wird. Dennoch steigt die Produktion von Atomwaffen weiter.

Die Bundesrepublik ist das Land mit der größten Atomwaffen-Dichte in der ganzen Welt. Ungefähr 5 000 dieser Massenvernichtungsmittel sind hier stationiert.[2] Einige tausend von ihnen haben Reichweiten von weniger als 15 km, so daß sie "nahezu ausschließlich das eigene Territorium mit Zerstörung bedrohen"[3]. (Man muß sich klarmachen, daß es für die bundesdeutsche Regierung keine Möglichkeit gibt, im Kriegsfall den Einsatz von Atomwaffen gegen Ziele auf unserem Territorium zu verhindern, wenn ein atomwaffenbesitzendes NATO-

Mitglied — z.B. die USA — dies in ihrem nationalen Interesse für nötig hält; im Gegensatz zu den Engländern[4] und Italienern[5] haben wir kein Veto-Recht [6]).

Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern sind unabhängig voneinander zu dem Ergebnis gekommen, daß noch weit schlimmere Auswirkungen von Atomkatastrophen zu erwarten sind als bisher angenommen wurde. [7] Wenn willentlich oder aus Versehen nur geringe Anteile der vorhandenen atomaren Sprengkraft irgendwo in der nördlichen Erdhälfte explodieren, gleichgültig wo, ziehen nicht nur tödliche Strahlungswolken über die ganze Erde, sondern es wird vermutlich auch eine Klimakatastrophe, der 'Nukleare Winter', ausbrechen: riesige Feuerstürme schleudern dichte Rußwolken in die Atmosphäre; das Sonnenlicht dringt nicht mehr auf die Erde; die Temperaturverhältnisse kippen um: über den Rußwolken erhitzt sich die Atmosphäre, so daß die Gletscher der Hochgebirge, z.B. der Alpen und des Himalaya, plötzlich abschmelzen und riesige Flutwellen alles unter sich begraben. Am Erdboden sinkt die Temperatur bis Minus 40 Grad. Alle Süßwasserquellen frieren ein. Die Temperaturunterschiede zwischen Land und Meer verursachen verheerende Hurrikane. In der ständigen Dunkelheit sterben Pflanzen und Algen ab und damit auch die Tiere. Auch die tropischen Urwälder, Hauptquelle des Sauerstoffs, gehen zugrunde. Das Leben überhaupt auf dem Land und in den Ozeanen ist von Vernichtung bedroht.

Macht man sich die Folgen atomarer Katastrophen klar, wird man verstehen, warum tausende von Ärzten sich gegen Zivilschutzdienste wenden und Architekten gegen Atomschutzbauten: sie wehren sich gegen die Verschleierung der tatsächlichen Gefahren durch die Illusion, es sei in der atomaren Katastrophe Hilfe möglich.

Viele wollen die Gefahren, die mit dieser Anhäufung von Vernichtungspotentialen verbunden sind, verdrängen. Sie sagen: 'alle diese Waffen sind gerade dazu da, um zu verhindern, daß sie eingesetzt werden'.
Es ist aber unsinnig, zu meinen, die Abschreckungswirkung werde sicherer, wenn die atomaren Großmächte sich öfters als einmal gegenseitig vernichten können (was ja längst der Fall ist).

Vor allem aber: Zu glauben, daß das Abschreckungssystem nicht versagen kann, ist unrealistisches Wunschdenken. Kein Mensch — kein Politiker und kein Militär — kann uns garantieren, daß die angehäuften Vernichtungspotentiale nicht entfesselt werden.
Je mehr es von diesen Massenvernichtungsmitteln gibt, desto größer ist das Risiko, daß aus Versehen oder willentlich Explosionen ausgelöst werden. Fachleute weisen darauf hin, daß technische Systeme grundsätzlich nicht fehlerfrei funktionieren können. Die Giftgaskatastrophen in Seveso und Bhopal sind schreckliche Beweise dafür, aber auch die zahlreichen Atomunfälle und die bekannt gewordenen vielen Fehlalarme der militärischen Computer-Warnsysteme.
In einem Zeitraum von zwanzig Monaten haben die US-Computer 147 mal irrtümlich einen Sowjetangriff angezeigt[8]. Beispielsweise führte am 9. November 1979 ein Programmierfehler zu der Meldung, die Sowjets griffen mit ihren auf U-Booten stationierten Raketen an. Aus dem Pentagon verlautete, daß man sechs Minuten brauchte, um den Fehler zu finden[9]. Innerhalb dieser Zeit hätten die modernen Mittelstreckenraketen bereits ihr Flugziel erreicht gehabt.
US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger äußerte über Atomwaffen: "Insbesondere müssen wir uns immer der Gefahr von Unfällen und unerwarteten Fehlern, sowohl menschlicher als auch technischer, bewußt bleiben." [10]

Die Rüstungsausgaben steigen ins Unermeßliche — gleichzeitig hungern Menschen millionenfach.

Mitte der siebziger Jahre lagen die Welt-Rüstungsausgaben bei 214 Milliarden Dollar. 1982 betrugen sie bereits über 600 Mrd. Dollar. 1983 waren es, auf unsere Währung umgerechnet, 2 Billionen DM (zweimal tausend Milliarden).[11] Jeden Tag wurde ein Stapel von 1 000.-DM-Scheinen in der Höhe des Eiffelturms für Rüstung ausgegeben! In jeder Minute waren es 3,3 Millionen DM.

Man kann sich diese gigantischen Summen kaum noch vorstellen. So soll z.B. der US-Militärhaushalt für 1984-88 1,8 Billionen Dollar betragen.[12] Wenn seit Beginn unserer Zeitrechnung, seit dem Jahr Null, Tag für Tag eine Million Dollar ausgegeben worden wären, ergäbe das bis heute noch nicht einmal die Hälfte dieser Summe!

Gleichzeitig hungern derzeit 600 Millionen Menschen.[11] Tag für Tag sterben 40 000 Kinder an Unterernährung und Krankheit — 32 in jeder Minute. Das heißt: Rüstung tötet auch ohne Krieg. Vor 5 Jahren waren noch die Ausgaben für Rüstung 'nur' 20 mal höher als für Entwicklungshilfe; inzwischen sind sie 40 mal höher.
Vor diesem Bankrott von Menschlichkeit werden künftige Generationen einmal so fassungslos stehen wie wir heute vor den Bildern von Auschwitz und Bergen-Belsen.

Die Stationierung von Pershing II-Raketen verbessert nicht unsere Sicherheit, sondern gefährdet sie.

Viele meinen: es sei natürlich nicht gut, daß die Rüstungsausgaben und das Risiko der Menschheitsvernichtung ständig wachsen, aber wir müßten das alles in Kauf nehmen, um unsere Freiheit zu schützen. Die Sowjetunion habe in der Entspannungsphase eine starke Rüstung besonders mit SS 20-Raketen vorgenommen. Damit sei es ihr gelungen, das Gleichgewicht der Abschreckung zu ihren Gunsten zu verändern. Es sei daher notwendig, für die Aufrechterhaltung der Abschreckungsfähigkeit das Gleichgewicht durch die Stationierung gleichartiger landgestützter Mittelstreckenraketen wiederherzustellen.

Diese Überlegung beruht auf Fehlschlüssen. Europa war schon seit über 15 Jahren von russischen Atomraketen bedroht — mit oder ohne SS 20. Eine einzige Interkontinentalrakete konnte immer schon die ganze Bundesrepublik vernichten. Die Abschreckung gegen einen Angriff war jedoch durch die amerikanischen Interkontinental-Raketen und durch die den SS 20 entsprechenden see- und luftgestützten atomaren Mittelstreckenraketen der Amerikaner gesichert. (Schon ein einziges Poseidon-U-Boot kann mit seinen 140 Atomsprengköpfen den größten Teil der Sowjetunion verwüsten). Die Stationierung landgestützter amerikanischer Mittelstreckenraketen erhöht demgegenüber die Gefahr eines sowjetischen Präventivschlages. Durch die "Nachrüstung" ist also die Gefahr des Ausbruchs eines atomaren Krieges nicht vermindert, sondern erhöht worden.

Das neue militärstrategische Konzept der USA droht Europa zum Schlachtfeld eines begrenzten Atomkriegs zu machen.

Der "Nachrüstung" mit Pershing II und Cruise Missiles ist die "Nach-Nachrüstung" des Warschauer Paktes durch Vorverlegung von Atomraketen in die DDR und CSSR gefolgt, die mit einer Flugzeit von 4 Minuten auf die Raketenabschußrampen in unserem Land zielen und in Krisensituationen dem Abschuß der amerikanischen Raketen zuvorzukommen versuchen könnten.

Hinter dieser Entwicklung steht eine eiskalte Logik, die sich gegen unsere Lebensinteressen richtet. Die neuen treffgenauen Atomraketen erlauben es den beiden Führungsmächten, das Risiko eines militärischen Konfliktes von ihren eigenen Territorien weg auf Mitteleuropa zu verlagern.

Die großen Interkontinental-Raketen sind nicht zu begrenzter Kriegführung geeignet. Mit ihnen kann dem Gegner nur ein vernichtender Vergeltungsschlag angedroht werden, falls er militärisch angreifen sollte. Die Abschreckungswirkung dieser Waffen besteht in ihrer Vernichtungsdrohung. Da beide Führungsmächte über diese Fähigkeit verfügen, mußte sich jede Seite selbst bremsen, um nicht durch eine zu aggressive Politik gegenüber dem Rivalen die Selbstvernichtung auszulösen: 'Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter' war die Regel.

Das änderte sich mit der neuen Waffengeneration. Die zielgenauen Raketen sind mit kleinen atomaren Sprengköpfen ausgerüstet; ihre Schäden sind zwar verheerend — aber räumlich begrenzt. Sie können so dosiert werden, daß der Gegner nicht gezwungen ist, mit dem ganz großen Schlag zu antworten — was nach wie vor seine Selbstvernichtung bedeuten würde.
Die USA haben dabei einen geographischen Vorteil gegenüber der Sowjetunion: sie können mit den neuen Atomraketen, den Pershing II und Cruise Missiles, von ihren vorgeschobenen Abschußrampen in Westdeutschland gezielte atomare Schläge gegen das russische Territorium führen, ohne daß ihr eigenes Land von den entsprechenden Waffen der Sowjetunion erreicht wird.

So haben die USA das Risiko der Selbstvernichtung nach Europa exportiert. Aus der Sicht der amerikanischen Regierung ist dieser Risiko-Export verständlich. Schließlich hat der amerikanische Präsident geschworen, Schaden vom eigenen Land fernzuhalten. Aber für uns ist dieser Risiko-Export eine Lebensbedrohung. Ob die neuen Waffen von unserem Territorium abgeschossen werden oder nicht — darauf haben wir keinen Einfluß. Darüber verfügt allein der amerikanische Präsident. Aber wir werden die erste Zielscheibe der zielgenauen östlichen Atomraketen sein.

Die Stationierung dient also nicht unserer Verteidigung. Unser Land wird auf jeden Fall vom Erdboden verschwunden sein, wenn es zu einem militärischen Konflikt im Ringen der Rivalen um die Vormacht in der Welt kommt — gleichgültig wer dabei gewinnt oder verliert.

Daß durch die "Nach"-Rüstung die Bedrohung für unser Land eindeutig gestiegen ist, gilt erst recht, wenn

man sie im Zusammenhang der offensiveren, risikobereiteren Politik der Stärke von Präsident Reagan sieht. Wir sind es, die in erster Linie die Risiken tragen müssen. Der konservative amerikanische Politik-Professor Paul Zinner hat kürzlich in Berlin die Absichten Präsident Reagans so charakterisiert: Reagan wolle der Präsident werden, der die Sowjetunion vom Rang einer Weltmacht zurückgedrängt und den Vereinigten Staaten endgültig die überlegene Vormacht gesichert habe. Wir Europäer sollten uns keine Illusionen machen: Reagan werde dabei notfalls über unsere Interessen unbeirrt hinweggehen.[13]

Es hat nichts mit 'Anti-Amerikanismus' zu tun und ist nicht 'Anzeichen kommunistischer Unterwanderung', wenn wir uns realistisch den unbestreitbaren Interessengegensatz zwischen der gegenwärtigen US-amerikanischen Militärpolitik und den europäischen, insbesondere unseren deutschen Lebensinteressen bewußt machen.

Der ehemalige US-Chefunterhändler für die amerikanisch-russischen Abrüstungsverhandlungen SALT II, Paul Warncke, erklärte 1981 zur Raketenstationierung: "Als Amerikaner stehe ich fest zu diesem Beschluß und halte ihn für sinnvoll und vernünftig. Wenn ich allerdings Europäer wäre und Sie mich dasselbe fragten, so kann ich Ihnen nur sagen: Gegen diesen Beschluß würde ich kämpfen!"[14]

Entsprechend erklärte der ehemalige Verteidigungsminister Präsident Kennedys, McNamara: "Worüber sich die Westdeutschen klar werden müssen, das ist, daß ihr Kulturkreis völlig verwüstet werden wird, wenn sie sich weiterhin an die NATO-Strategie halten."[15]

Eine neue Aufrüstungswelle wird derzeit in Gang gesetzt. Im Rahmen der veränderten NATO-Strategie wird die Entwicklung einer ''dritten Waffengeneration'' vorangetrieben.

Zur Zeit wird ein mächtiger Rüstungsschub in der NATO mit neuen, vor allem konventionellen Waffen geplant. Die CDU/CSU- und FDP-Regierungs-Koalition hat bereits die Weichen für die neue Aufrüstungswelle gestellt.
Die Bundesregierung hat inzwischen ohne Bedenken den Rogers-Plan akzeptiert, der eine neue konventionelle Aufrüstunmg vorsieht. Sie hat außerdem den "Bundeswehrplan '85" vorgelegt, der bis 1997 circa 240 Milliarden vor allem für die Entwicklung der sogenannten "dritten Waffengeneration" vorsieht.[16] Diese neue Waffengeneration stellt die Systeme bereit, die zur Verwirklichung der veränderten NATO-Doktrin der "Follow-on-Forces-Attack" (FOFA) erforderlich sind: Waffen für den Angriff in die Tiefe des gegnerischen Hinterlandes. Entsprechend sieht der gerade verabschiedete Haushalt für das Jahr 1985 2,5 Milliarden DM für Wehrforschung vor (zum Vergleich: für Umweltforschung nur 129,5 Millionen DM, für Friedensforschung 2,8 Millionen — gegenüber 2500 Millionen für Wehrforschung!).[17]

In einer Stellungnahme mehrerer Wissenschaftler-Gruppen zum Rüstungshaushalt 1985 heißt es: "Die ruckartige Ausweitung der Ausgaben für militärische Forschung und Entwicklung um 29,2 % im kommenden Jahr wird von der Bundesregierung mit der Notwendigkeit begründet, jetzt die Entwicklung der Waffensysteme der "dritten Generation" zügig voranzutreiben, mit denen die Bundeswehr in den 90er Jahren ausgerüstet werden soll ... Die jetzt vorgesehenen Entwicklungsausgaben haben den Charakter einer Einstiegsdroge, von der es später — wie auch die Erfahrungen der letzten 25 Jahre zeigen — kaum noch ein Zurück gibt."[18]

Statt sogleich die Entwicklung der neuen Waffen für die veränderte NATO-Strategie (FOFA) voranzutreiben, wäre zuerst einmal ernsthaft zu prüfen, wie weit durch die neue Technik mit weit weniger Aufwand rein defensive Waffen entwickelt werden können, die unsere Sicherheit gewährleisten, ohne daß sie von unseren Nachbarn als Bedrohung empfunden werden können.

Die CDU/CSU und FDP behaupten, die riesigen Rüstungskosten von 240 Milliarden DM seien zu unserer Sicherheit notwendig: denn wenn immer weitere Kreise der Bevölkerung die Verteidigung unseres Landes mit Atomwaffen ablehnten, dann müsse stattdessen die nichtatomare Rüstung verstärkt werden. So könne man die Atomschwelle anheben, das heißt: den Einsatz von Atomwaffen immer länger zurückhalten.

Diese Behauptung ist falsch. Denn erstens wird nicht etwa die Stationierung der neuen für uns so gefährlichen Atomraketen zurückgenommen — sie wird sogar beschleunigt vorangetrieben. Der konventionelle Rüstungsschub erfolgt also nicht **anstelle** des atomaren Rüstungsschubs, sondern **zusätzlich** zu ihm. Zweitens aber ist das äußerst Gefährliche an dem neuen amerika-

nischen Kriegsführungskonzept, daß in ihm ausdrücklich der gleichrangige frühzeitige Einsatz von konventionellen, nuklearen und chemischen Waffen vorgesehen ist und geübt wird. Atomwaffen sind nicht mehr vor allem politische Waffen, die nur zur Drohung da sind und nie eingesetzt werden sollen — sondern es wird riskiert, daß sie als militärische Kriegsführungswaffen für das 'Schlachtfeld Europa' zur Verfügung stehen. Durch den konventionellen Rüstungsschub sollen wir von der konventionellen Seite her die Verwirklichung dieses riskanten militärischen Kriegsführungskonzeptes abstützen.

Immer wieder wird behauptet: 'Alle die Waffen dienen nur zur Sicherung des Friedens. Sie dienen dazu, den Gegner davon abzuschrecken, einen Krieg zu beginnen. Diese Abschreckung ist dann besonders wirksam, wenn der Gegner bei einem Angriff sogleich schon in seinem eigenen Territorium bekämpft wird. Das ermöglichen gerade die neuen zielgenauen intelligenten Waffen.'

Sicherheit wird dabei weiterhin auf dem Weg gesucht, daß der Gegner noch wirksamer bedroht wird. Diese Bedrohung muß bei ihm den entsprechenden Versuch auslösen, wiederum uns noch stärker zu bedrohen. Eingebunden in die veränderte NATO-Strategie leitet die neue Waffengeneration eine neue Welle des Mißtrauens und der Konfrontation zwischen den Blöcken ein. Sie widerspricht zudem der Aufgabe jeder Sicherheitspolitik: zu verhindern, daß eine Krise sich in einen Krieg ausweitet; denn sie fordert in einer zugespitzten Krise die eine oder die andere Seite geradezu zu einem Präventivschlag heraus.

Durch die neue NATO-Strategie und die entsprechenden Waffen sollen strategisch wichtige Orte im "gegnerischen Hinterland" im Kriegsfall möglichst umgehend ausgeschaltet werden. West-Berlin ist umgeben von einer Vielzahl solcher strategisch wichtiger Orte, die damit zu Zielen der NATO würden. Berlin wäre somit in jedem Fall mitten im Strudel — denn aus der Sicht der NATO liegt Berlin im "gegnerischen Hinterland". Es ist daher ein vitales Lebensinteresse der Berliner Bevölkerung, diese Planungen zu kennen, zu kritisieren und zu verhindern.

Die weiteren Rüstungsanstrengungen verlangen von uns immer mehr finanzielle Opfer, die durch Kürzungen im Sozialbereich aufgebracht werden. Sie nützen auch nicht unserer Wirtschaft, sondern sie verursachen schwere soziale und wirtschaftliche Schäden.

Jedem einzelnen von uns werden immer mehr Opfer und Verzichtleistungen zur Finanzierung des Wettrüstens abverlangt. Und zwar

Erstens indirekt:
Das Geld, das für das gigantische amerikanische Rüstungsprogramm erforderlich ist, wird nur zu einem Teil in den USA selbst aufgebracht (dort vor allem durch scharfe Kürzungen von Sozialausgaben: 35 Millionen Amerikaner leben wieder in Armut). Das Kapital wird vor allem durch politisch hochgehaltene Zinsen wie mit einem Staubsauger aus der übrigen westlichen Welt (und der Dritten Welt) angesaugt. Für das bundesdeutsche Kapital ergab die Bilanz von Abfluß und Zufluß für 1981 einen Überschuß von 9,2 Milliarden; 1982 ein Minus von 4,4 Milliarden, 1983 ein Minus von 16,2 Milliarden.[18] Das abgezogene Geld fehlt bei uns für sinnvolle Investitionen, mit denen z.B. unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt verbessert und Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Zweitens direkt:
Unsere Steuergelder werden mehr und mehr in die Rüstung gelenkt, statt daß sie zur Lösung unserer hautnahen Alltagsprobleme und zur Hebung unserer Lebensqualität verwendet werden.
Der "Finanzplan 1983-87" der CDU/CSU- und FDP-Regierung zeigt sehr deutlich, daß eine Umverteilung unserer Steuergelder geplant ist — weg von Sozialleistungen, hin zur Rüstung.

Die Staatsausgaben sollen bis 1987 um 27,8 Milliarden steigen. 22,4 Mrd. müssen für die "allgemeine Finanzwirtschaft" verwendet werden — für Zinsen, Subventionen, Versorgungsbezüge und Einkommenserhöhungen für Bundesbedienstete (das sind zu vier Fünftel Soldaten und Zivilbedienstete des Verteidigungsministeriums). Es stehen also noch 5,4 Milliarden für eine Steigerung der Ausgaben in den Hauptaufgabenbereichen des Staates zur Verfügung.

Demgegenüber sollen aber die Rüstungs- und Militärausgaben um 7 Mrd. wachsen. Deshalb müssen 1,6 Mrd. durch Kürzungen in den Ausgaben des Staates z.B. für Soziales, Familien, Jugend, Gesundheit, Umwelt und Forschung eingespart werden. Wenn dieser Finanzplan

der gegenwärtigen Regierung verwirklicht werden soll, müssen z.B. die Ausgaben für Soziale Sicherung um 1,5 % gesenkt werden, die Ausgaben für Familien, Jugend- und Sozialhilfe um 13,5 %, die Ausgaben für Gesundheit und Sport sogar um 34,3 % — alles, damit eine Steigerung der Militärausgaben möglich wird.[19]

Dabei sind sie jetzt schon wahrhaftig hoch genug — über 50 Milliarden DM pro Jahr; wobei die vielen Zinsen für die Staatsschulden noch nicht mitgerechnet sind, die zur Finanzierung der Militärausgaben gemacht werden müssen.

Es wird immer wieder behauptet, Rüstung schaffe Arbeitsplätze. Das stimmt nicht. Denn Arbeitsplätze im militärischen Bereich sind teurer als in allen anderen Bereichen: und diese Kosten müssen woanders eingespart werden.[20]
Staatsausgaben schaffen in den Bereichen Verwaltung, öffentliche Gesundheit, Landwirtschaft und Ernährung, Wissenschaft und Bildung 30-36 %, im Sozialbereich fast 50 % mehr Arbeitsplätze als eine gleiche Summe an Rüstungsausgaben.[21] Ein großer Teil der Steuergelder für die Rüstung schafft direkt gar keine Arbeitsplätze, sondern wird von den atemberaubenden Preissteigerungen der Rüstungsunternehmen aufgefressen. Der Tornado, der einmal mit 10 Millionen pro Stück kalkuliert war, kostet inzwischen über 100 Millionen.

Weltweit fließen seit 1945 (nach einem UNO-Bericht) 40 % aller Forschungsmittel in den militärischen Bereich. Die Rüstungsforschung selbst, so grandios sie entwickelt ist, ist jedoch unwirtschaftlich. Wissenschaftler haben errechnet, daß zur Herstellung einer militärischen Produkteinheit 20 mal mehr Forschungsmittel gebraucht werden, als für eine zivile Produkteinheit.[22]
So bremst Rüstungsforschung sinnvollen technischen Fortschritt. Sie drängt ihn in eine falsche, nutzlose Richtung. Japan, das sich nur ein Minimum militärischer Forschung leistet, hat die USA in der Produktivitätsentwicklung weit überrundet.

Die Sachinvestitionen des Bundes lagen 1984 um 0,3 Milliarden unter dem Niveau von 1975, die Investionen im Militärbereich dagegen um 7,5 Mrd. darüber. Für die erforderlichen großen Programme zur Erschließung neuer Energiequellen, zur Reinigung der Luft, des Wassers, zur Beseitigung von Abfällen und Giften fehlt es an Geld und entsprechenden Arbeitskapazitäten. Die Gemeinden stehen am Rand des Bankrotts. Sie müssen Stellen und notwendige Investitionen streichen.

Unsere Stadt soll ein Ort friedenspolitischer Initiativen werden.

Berlin genießt aufgrund seiner Lage und seiner Geschichte große Aufmerksamkeit in der Welt. West-Berlin war seit 1945 immer ein empfindlicher Seismograph für Spannungen im Ost-West-Verhältnis. Seine Bürger hatten unter der Atmosphäre des Kalten Krieges besonders zu leiden. Die Entspannungspolitik hat die Lebensbedingungen für die West-Berliner Bürgerinnen und Bürger verbessert, aber die militärische Aufrüstung im Westen wie im Osten ging währenddessen weiter. Seit einigen Jahren werden auch in West-Berlin die militärischen Einrichtungen der Alliierten verstärkt ausgebaut: Radar- und Funkstationen, Munitionsdepots, Schießplätze usw. Militärische Übungen auf Trainingsplätzen, aber auch mitten in der Stadt und in den Wäldern nahmen zu. Die Grundrechte der Bürger werden nach wie vor durch alliierte Vorbehaltsrechte eingeschränkt.

Ansehen in der Weltöffentlichkeit kann Berlin erlangen, wenn die Stadt ihre besondere Lage und ihre besondere Geschichte nutzt und ihre Aufgabe darin sieht, zum Abbau der Spannungen zwischen den Blöcken beizutragen. Das heißt z.B., wenn von hier eine neue Initiative zur Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa ausgeht; wenn diese Stadt zu einem Zentrum für Friedensforschung wird; wenn nationale und internationale Institutionen und Initiativen ermutigt werden, sich hier anzusiedeln, deren Ziel die Völkerversöhnung, der Abbau von Feindbildern und die wirtschaftliche, militärische und kulturelle Entspannung zwischen den Blöcken ist.

Die Sicherheit Berlins ist abhängig vom Abbau der Blockkonfrontation. Militärisch ist Berlin nicht zu verteidigen — alle wissen es, aber nur wenige sprechen es aus. Die Parteien sind daran zu messen, welche Aufgaben sie unserer Stadt für die Erhaltung des Friedens zusprechen.

Wir appelieren an Sie: Wählen Sie keine Parteien, die das Wettrüsten unterstützen!

[1] Die folgenden Zahlen sind Berechnungen des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts SIPRI, abgedruckt in: Alfred Mechtersheimer, Zeitbombe NATO, Köln 1984, S.31

[2] Gunter Walpuski, Verteidigung + Entspannung = Sicherheit, Bad Godesberg 1983, S. 146 (Sonderauflage für die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Berlin).

[3] Dr. Wörner, Bundesverteidigungsminister, in der Wörner-Würzbach-Studie, CDU/CSU-Fraktion im deutschen Bundestag, 21.5.1982

[4] Erklärung des britischen Verteidigungsministers Michael Heseltine am 31. Okt. 1983, Europa-Archiv, Folge 4/1984, S. D 88

[5] Bundestagsdrucksache 10/1657 vom 4. Juni 1984

[6] Tatsachen und Dokumente, 6. Auflage, NATO-Informationsdienst, Brüssel 1982, S.170

[7] Der Tagesspiegel vom 28.10.1983

[8] Senator Gary Hart, Senator Barry Goldwater, Report rezent false allerte from the Nation's Missile Attack Warning Systems, Comittee on armed services, U.S. Senate, Washington, 9.10.1980.

[9] Nuklear Arms Reduction Proposals, Hearings before the Comittee on Foreign Relations, U.S.Senate, Washington, 29./30.4. und 11.-13.5.1982, S. 208

[10] U.S.Department of Defense, Annual Report to the Congress, Fiscal Year 1983, Washington 1982, S. I-19

[11] Alfred Mechtersheimer, Zeitbombe NATO, Köln 1984, S.12

[12] Alfred Mechtersheimer, Zeitbombe NATO, Köln 1984, S. 30

[13] Mitgeteilt im Frühkommentar des SFB vom 7.11.1984

[14] Auf einer Tagung von "Americans for Democratic Action" vom 26.-28.6.1981, zitiert in: Alfred Mechtersheimer (Hg.), Nachrüsten? rororo aktuell, Nr. 4940, 1981 S., 11

[15] Frankfurter Rundschau vom 10.10.1983 über eine britische Fernsehsendung

[16] Ausführlicher Bericht in der "Tageszeitung" vom 13.11.1984

[17] Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik u.a., Stellungnahme zum Rüstungshaushalt 1985, 28.11.1984, erhältlich bei: Forum Naturwissenschaftler für Frieden und Abrüstung, Friedrich-Ebert-Str. 114, 44 Münster

[17] Stellungnahme zum Rüstungshaushalt 1985 (siehe vorige Anmerkung), S. 12 und S. 14.

[18] Frankfurter Rundschau vom 19.11.1984, S.15

[19] Finanzbericht 1984, Bonn 1983, S.169

[20] Ausführlich dazu: Ulrich Albrecht u.a., Rüstung gegen Arbeitslosigkeit? rororo aktuell Nr. 5122, 1982.

[21] Jochen Schmidt, Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung. Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Staatsausgaben. DIW-Beiträge zur Strukturforschung, Heft 46, West-Berlin 1977, S.60 ff.

[22] Nach Angaben des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI

Bisher unterstützen den Aufruf (aus Platzgründen werden hier nur Hochschullehrer/innen namentlich aufgeführt):

An den Berliner Hochschulen: Gerhard Ackermann, Ulrich Albrecht, Astrid Albrecht-Heide, Holger Altkirch, Elmar Altvater, Emil Angehrn, Helmut Bach, Norbert Bartsch, Gerhard Bauer, Alex Baumgartner, Johanna Bleker, Anke Bennholdt-Thomsen, Hartwig Berger, Jarg Bergold, Heide Berndt, Horst Birr, Rainer Bösel, Gianni Boris Bradac, Dietrich Braun, Margherita von Brentano, Axel Busch, Georg Kristaller, Carsten Colpe, Thomas Cramer, Bernhard Dieckmann, Walter Dieckmann, Joachim Dikau, Wolfgang Dittmann, Norbert Dittmar, Gerd Doerry, Horst Domdey, Hans-Peter Dreitzel, Rolf Ebbighaus, Theodor Ebert, Hartmut Eggert, Peter Eisenberg, Wilhelm Emrich, Helmut Essinger, Tilman Evers, Tilman Evers, Günter Faltin, Renée Fery, Ossip K. Flechtheim, Ulrich Fleischmann, Thomas von Fragstein, Walter Francke, Renate Fuchs, Heiner Ganßmann, Gunter Gebauer, Johann Wilhelm Gerlach, Dieter Geulen, Peter Götz, Dietrich Goldschmidt, Helmut Gollwitzer, O. Gottschalk, Bodo von Greiff, Peter Grottian, Jürgen Gruber, Hans-Eckhard Gumlich, Wolfgang Fritz Haug, Karin Hausen, Ulrich Hegel, Walter Heidrich, Bernhard Heidtmann, Eberhard Helms, Wolfgang Hirschwald, Wolfgang Hochheimer, Johannes Hodek, Walter Höllerer, Michael Hoenisch, Gerd Hoff, Wilrich Hoffmann, Claudio Hofmann, Walter Hollstein, Christine Holzkamp, Klaus Holzkamp, Friedrich Hossbach, Urs Jaeggi, Martin Jänicke, Marlies Janz, Rolf-Peter Janz, Hans Joas, Klaus Peter Jörns, Werner Jung, Ulf Kadritzke, Dietmar Kamper, Dieter Kartschoke, Peter Kisker, Waltraud Kerber-Ganse, Diethart Kerbs, Gisela Klann-Delius, Gerd Koch, Thomas Kotschi, Johannes Korporal, Ekkehart Krippendorff, Lorenz Krüger, Kurt Krusewitz, Christine Kulke, Klaus Laermann, Wolfgang Lefèvre, Eckart Leiser, Wolfgang Lempert, Hellmut Lessing, Manfred Liebel, Hans Georg Lindenberg, Bernd Lutterbeck, Ernst Randolf Lochmann, Ulrich Malert, Lothar Markschies, Hans-Ernst Mittig, Klaus Möbius, Johannes Münder, C. Wolfgang Müller, Wolf-Dieter Narr, Hansjörg Neubert, Arnhelm Neusüß, Christel Neusüß, Helmut Niederschuh, Friedrich Niewöhner, Hans Jörg Nissen, Karl Adolf Noack, Hans Notbaar, Peter von der Osten-Sacken, Ute Osterkamp, Hans Oswald, Helmut Peitsch, Hermann Pfütze, Ulf Preuss-Lausitz, Gisela Puthz, Wilhelm Quitzow, Karl Rabenhorst, Gerhard Ramm, Hans-Georg Rappl, Winfried Raske, Hans Fred Rathenow, Siegfried Reck, Hartmut Reeb, Irmfried Reinecke, Hans Wolfgang Reinhardt, Dieter Reinsch, Konrad Richter, Uwe Richter, Klaus Riedel, Hans Martin Ritter, Werner Röcke, Hans Roericht, Georg Rückriem, Tobias Rülcker, Hedwig Rudolph, Heinz Schade, Barbara C. Schaeffer-Hegel, Klaus Scherpe, Gudrun Schiek, Dieter Schnebel, Jens Schneider, Jutta Schöler, Bruno Schonig, Hilde Schramm, Ulf Schramm, Sebastian Schuchhardt, Hans-Joachim Schulz, Peter Schulz-Hageleit, Lothar Schuster, Jürgen Schutte, Klaus-Dieter Seemann, Bernd Senf, Werner Siebel, Dirk Siefkes, Manfred Soeffky, Gunther Soukup, Paul Speck, Gerhard Spellerberg, Lothar Staeck, Irmingard Staeuble, Rüdiger Steinlein, Johano Strasser, Enrico Straub, Peter Teigeler, Michael Theunissen, Christa Thürmer-Rohr, Jürgen Trabant, Ernst Tugendhat, Edith Urbanczyk, Karl Viernickel, Fritz Vilmar, Hellmut Wagemann, Günter Warnecke, Norbert Weber, Peter Welten, Lutz von Werder, Joachim Wernicke, Uwe Wesel, Michael Wiederholt, Friedrich Otto Wolf, Ursula Wolf, Reinhart Wolff, Helmut Worm, Manfred Zaumseil, Jürgen Zeck, Axel Zerdick, Bodo Zeuner, Jürgen Zimmer, Wolfgang Zytadiß, weitere 12 Hochschullehrer/innen, 206 wissenschaftliche und 38 nichtwissenschaftliche Beschäftigte sowie über 3 000 Studenten/innen und der AStA zweier Hochschulen.

An wissenschaftlichen Instituten (Max-Planck-Insitute für Bildungsforschung, für molekulare Genetik, Fritz-Haber-Institut; Wissenschaftszentrum Berlin, Heinrich-Hertz-Insitut für Nachrichtentechnik): 171 Mitarbeiter/innen.

Bitte unterstützen Sie die weitere Verbreitung des Aufrufs durch eine Spende (Konto Ulf Schramm, Sonderkonto "Friedensaufruf", Sparkasse der Stadt Berlin West, BLZ 100 500 10, Konto-Nr. 122 001 90 50).

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Ulf Schramm, Ringstraße 83, 1000 Berlin 45